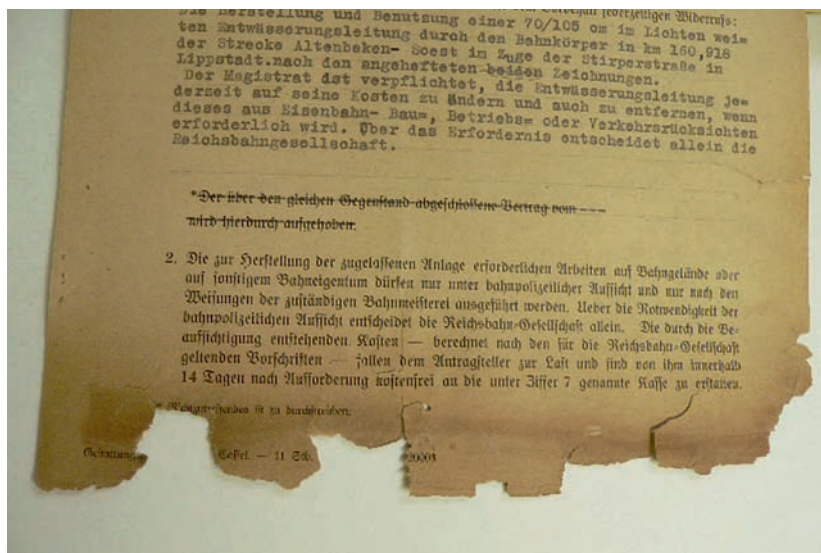


## ■ Sachstandsbericht zur Landesinitiative Substanzerhalt

Nachdem in Heft 72 dieser Zeitschrift in ausführlicher Form die Umsetzung der Landesinitiative Substanzerhalt in Westfalen geschildert worden ist, soll an dieser Stelle kurz über den gegenwärtigen Sachstand berichtet werden. Die Ausführungen umfassen dabei vor allem eine Rückschau auf das vergangene Jahr und einen kurzen Ausblick auf die Entwicklung im laufenden Jahr.

Die Beteiligung der nichtstaatlichen Archive an der Landesinitiative Substanzerhalt hat sich auf einem hohen Stand eingependelt und mit 55 Teilnehmern im Jahr 2010 nach 51 teilnehmenden Archiven 2008 und 54 teilnehmenden Archiven 2009 einen neuen Höchststand erreicht. Davon kamen 49 Archive aus dem kommunalen Bereich. Neben drei Kirchenarchiven und einem Literaturarchiv beteiligten sich in Westfalen erstmals auch ein Universitätsarchiv und ein Archiv aus der Sparte der Archive der Parlamente, politischen Parteien, Stiftungen und Verbände an dem Massenentsäuerungsprojekt.

Die Blattzahl der entsäuerten Akten war trotz der Rekordteilnehmerzahl rückläufig und betrug circa 1.650.000 Blatt. Demgegenüber konnten in 2008 und 2009 jeweils über zwei Millionen Blatt entsäuert werden. Dieser Rückgang hängt hauptsächlich mit den im Vergleich zu den Vorjahren reduzierten Mittelzuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen zusammen. Während das Land bis einschließlich 2009 zusätzlich zu einer fixen Basissumme im Laufe des Jahres noch weitere Finanzmittel zur Verfügung stellen konnte, war dies im vergangenen Jahr leider nicht mehr möglich. Trotzdem liegt die erreichte Blattzahl mit etwas über fünfzig Prozent immer noch weit über dem ursprünglich eingeplanten Jahresumsatz von 1.050.000 Blatt.



Nutzungsschäden an stark säurehaltigem Papier (Foto: LWL-Archivamt für Westfalen)

Bestandteil der Ende 2009 vorzeitig verlängerten Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und den beiden Landschaftsverbänden sind auch bestandserhalterische Maßnahmen für einsturzbefangenes Archivgut des Historischen Archivs der Stadt Köln. Hier sind im Rahmen der Landesinitiative Substanzerhalt im Laufe des Jahres 2010 Archivalien im Umfang von ca. 500 Archivkartons trocken gereinigt worden.

Für 2011 haben sich knapp 60 nichtstaatliche Archive zur Teilnahme an der Landesinitiative Substanzerhalt angemeldet. Darunter befinden sich auch acht Archive, die sich erstmalig beteiligen. Diese beeindruckende Zahl belegt, dass die bereits im November 2009 vorzeitig bis zum 30. September 2015 verlängerte Laufzeit der Landesinitiative eine richtige und wegweisende Entscheidung war. Hiervon profitieren nicht nur die regelmäßig teilnehmenden Archive. Auch den bislang zögerlichen Archiven wird damit weiterhin eine attraktive Option geboten, um auf dem Gebiet der konservatorischen Bestandserhaltung tätig zu werden und ihre Archivträger für unabdingbare Maßnahmen zum Erhalt ihres Kulturgutes zu sensibilisieren. Zu diesem Erhalt leistet die Massenentsäuerung einen erheblichen Beitrag. Sie ist notwendig und alternativlos. Diese klaren Positio-

nen sind kürzlich auch auf einer Abschlusskonferenz zu einem zweijährigen Projekt über die Nachhaltigkeit der Massenentsäuerung bestätigt worden (vgl. hierzu auch den nachfolgenden Kurzbericht von Anna Eiffer und Sabrina Heumüller). Da der säurebedingte Papierabbau kontinuierlich erfolgt und sich die Originalsubstanz bis zu dem Punkt immer weiter verschlechtert, an dem konservatorische aber auch mit vertretbarem Aufwand zu betreibende restauratorische Maßnahmen nicht mehr möglich sind, besteht angesichts des nicht zu unterschätzenden Zeitfaktors für betroffene Archivbestände grundsätzlich dringender Handlungsbedarf.

Wie gehabt übersteigt die Summe der von den Archiven für 2011 angemeldeten Haushaltsmittel bei weitem die zur Verfügung stehenden Landesmittel. Deshalb ist wie in den Vorjahren ein Verteilerschlüssel entworfen worden, der die unterschiedlichen Haushaltsansätze der Archive in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander berücksichtigt. Er variiert jedes Jahr leicht in Abhängigkeit zur Anzahl der teilnehmenden Archive sowie der Bandbreite und der Höhe der jeweiligen Haushaltsansätze, die sich in diesem Jahr zwischen 900 Euro und 27.500 Euro bewegen. Der Verteilerschlüssel für 2011 ist so gestaltet, dass sich die Quote der staatlichen Bezuschussung für

die von den Archiven angemeldeten Mittel zur Entsäuerung zwischen 30 und 100 Prozent bewegt. Die Entsäuerungsleistung für die beteiligten Archive reicht dabei von ca. 15 Archivkartons (≙ 900 € Eigenanteil und 100%-ige Bezuschussung) bis zu 160 Archivkartons (≙ 27.500 € Eigenanteil und 30%-ige Bezuschussung).

Für die kommenden Jahre ist zu hoffen, dass trotz der gegenwärtig oftmals schwierigen Finanzsituation der kommunalen Haushalte die bisherigen Teilnehmer weiterhin die Entsäuerung ihrer gefährdeten Archivbestände fortsetzen und die Höhe der Haushaltsansätze auf dem bisherigen Niveau verbleibt. Erfreulich wäre darüber hinaus auch eine Beteiligung von Archiven, die bislang aus unterschiedlichen Gründen von einer Teilnahme abgesehen haben.

Hans-Jürgen Höötman

## ■ KUR-PROJEKT – Zur Nachhaltigkeit der Massenentsäuerung

Hunderte Regalkilometer Kulturgut in Archiven und Bibliotheken sind durch säureinduzierten Papierzerfall bedroht und es besteht dringender Handlungsbedarf, um diese bedrohten Bestände zu erhalten. Mit dieser Problematik müssen sich viele kulturelle Einrichtungen auseinandersetzen, wobei es bekanntermaßen nur wenige Lösungswege gibt.

Für den Erhalt der Originalsubstanz ist die Massenentsäuerung bisher die einzige Möglichkeit, die immensen Mengen an Kulturgut dauerhaft zu konservieren. Die Wirksamkeit und vor allem die Nachhaltigkeit dieser Maßnahme wurden von vielen Verantwortlichen bisher mit Skepsis betrachtet, nicht zuletzt, da sie einen hohen finanziellen Aufwand bedingen. Um zukünftig die Entscheidung für oder gegen die Massenentsäuerung zu erleichtern, wurde 2008 im Rahmen des KUR-Programms zur Konservierung und Restaurierung von mobi-

lem Kulturgut das Projekt »Nachhaltigkeit der Massenentsäuerung von Bibliotheksgut« begonnen. Träger des Projektes war die Deutsche Nationalbibliothek Frankfurt (DNB), die in Kooperation mit der Staatsbibliothek Berlin, der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste, Stuttgart, der Universität für Bodenkultur Wien – Department für Chemie, und der Schweizerischen Nationalbibliothek, Bern, mit Hilfe von Untersuchungen und Testreihen die langfristige Wirkung von Massenentsäuerungsverfahren überprüfen ließ. Das Projekt endete im Oktober 2010 mit einer Abschlusskonferenz, deren Ergebnisse hier kurz vorgestellt werden sollen.

Kernstück der wissenschaftlichen Untersuchungen war eine Studie, die von Antje Potthast (Universität für Bodenkultur, Wien) durchgeführt wurde. In dieser Studie wurden insgesamt 443 Bücher aus der Staatsbibliothek zu Berlin und der Deutschen Nationalbibliothek Leipzig untersucht, die zwischen 1998 und 2006 (Berlin) sowie zwischen 1994 und 2006 (Leipzig) unter Einsatz verschiedener Massenentsäuerungsverfahren entsäuert worden sind. Um die Dauerhaftigkeit der Massenentsäuerung zu untersuchen, wurden die gleichen 443 Bücher antiquarisch beschafft, so dass ein entsäuertes Exemplar und ein natürlich gealtertes Exemplar für vergleichende Tests zur Verfügung standen. An allen Büchern wurden die relevanten Parameter, wie der pH-Wert, die alkalische Reserve und der Abbaugrad des Papiers durch verschiedene Messverfahren ermittelt.

Insgesamt wurden 2009 sowohl in den Randbereichen als auch im Inneren der Bücher 1500 pH-Werte gemessen, mit dem Ergebnis, dass in Berlin 74 % der entsäuerten Bücher und in Leipzig 85 % noch durchschnittlich bei pH 7 liegen. Über einen Zeitraum von sechs (Berlin) bzw. zwölf (Leipzig) Jahren blieb der pH-Wert unter natürlichen Bedingungen also im neutralen Bereich. Allerdings weist das

auch auf eine leichte, aber schwer bezifferbare Rücksäuerung hin, die jedoch laut Potthast zu vernachlässigen ist.

Zur Ergänzung dieser Untersuchung von natürlich gealtertem Originalmaterial wurde auch künstlich gealtertes Probematerial untersucht. Auch wenn Verfahren zur künstlichen Alterung von Papier umstritten sind, sind die Ergebnisse der Testreihen aussagekräftig: Bei den entsäuerten Papieren lag der Molmassenverlust, der den Grad des Papierabbaus wiedergibt, bei 17 %, bei den nicht entsäuerten Proben lag der Verlust dagegen bei 41 %. Nicht entsäuertes Papier zerfällt also tendenziell dreimal schneller als entsäuertes Papier. Potthast betonte in diesem Zusammenhang, dass durch eine Entsäuerung mit den bekannten wasserfreien Verfahren jedoch der Abbaugrad des Papiers nicht verbessert, sondern lediglich fixiert und über einen gewissen Zeitraum stabilisiert werden könne. Daher sei eine Entsäuerung nur dann sinnvoll, wenn das Papier eine ausreichende Stabilität aufweist. Bei zu stark abgebauten Papieren sollte daher weniger die Originalsubstanz als vielmehr die Informationen mittels Digitalisierung erhalten werden.

Für Potthast war ein besonders wichtiges Ergebnis, dass die alkalische Reserve, die bei der Massenentsäuerung eingebracht wird und neu entstehende Säure abfangen soll, möglichst hoch angesetzt werden sollte, um den pH-Wert dauerhaft zu stabilisieren. Eine höhere Einbringung von Alkali hat laut Potthast keine papierschädigende Wirkung.

Die vielen Untersuchungen und Messreihen haben allen Kooperationspartnern des Projektes gezeigt, dass zukünftig die Messtechniken für die Ermittlung von pH-Werten standardisiert und optimiert werden müssen. Außerdem wurde von den Dienstleistern eine Verbesserung der Qualitätskontrolle gefordert, die nach Möglichkeit unabhängig und ebenfalls standardisiert sein sollte.

Zusammenfassend hat das KUR-Projekt ergeben, dass die Entsäuerung mit gutem Gewissen durchgeführt werden kann, da die Lebensdauer der Archivalien nachhaltig verlängert wird. Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass Alterungsprozesse nicht auf haltbar sind und nach wie vor stattfinden.

Die Ergebnisse der Studie werden demnächst veröffentlicht. Ihr Erscheinen wird in dieser Zeitschrift angezeigt.

Anna Eifler/Sabrina Heumüller

## ■ Tagungsbericht zum 19. Fortbildungsseminar der BKK in Eisenach

Vom 10.–12. November 2010 fand in Eisenach das 19. Fortbildungsseminar der Bundeskonferenz der Kommunalarchive beim Deutschen Städtetag (BKK) in Zusammenarbeit mit der Fachgruppe Kommunalarchive im VdA und dem LWL-Archivamt für Westfalen statt. Das Thema »Nichtamtliches Archivgut in Kommunalarchiven (Teil 1: Strategien, Überlieferungsbildung, Erschließung)« stieß bei den über 100 Teilnehmern auf großes Interesse.

In der ersten Arbeitssitzung sprach Uwe Schaper (Landesarchiv Berlin) über die »Bedeutung der nichtamtlichen Überlieferung für Kommunalarchive«. Dabei beleuchtete er die Entwicklung und den verwaltungsgeschichtlichen Ansatz zur begrifflichen Trennung von amtlichem und nichtamtlichem Archivgut. Im Laufe der Geschichte war Archivgut immer wieder einer Statusänderung unterworfen. Darüber hinaus stellte Schaper Überlegungen vor, wie Archive in Zeiten knapper Kassen deutlich machen können, dass gerade das nichtstaatliche Archivgut zur Erfüllung ihrer Pflicht, der Dokumentation von kommunaler Geschichte, unabdingbar ist.

In ihrem Vortrag »Ein Nachlass für das Historische Archiv der Stadt Köln? Übernahmekriterien und Bewertung auf der Grundlage eines

Dokumentationsprofils« stellte Gisela Fleckenstein (Stadtarchiv Köln) ein Bewertungsschema zur Diskussion, welches bei einem angebotenen Nachlass Punkte nach verschiedenen Kriterien vergibt, die dann am Ende über die Übernahme entscheiden. Dabei liegen die Schwerpunkte auf der Bedeutung der Person des Nachlassers für eine bestimmte Kommune und die Ergänzung der bereits vorhandenen Bestände.

Welche Bestände wie häufig in ihrem Archiv genutzt werden, wollte Constanze Mann vom Stadtarchiv Jena genau wissen. Sie kam in ihrer Bestandaufnahme zu dem überraschenden Schluss, dass nur 10 % der Nutzung nichtamtliches Archivgut betrifft. Dagegen bezieht sich 54 % der Nutzung in Jena auf amtliches Archivgut. Der Befund ist freilich wohl auch darauf zurückzuführen, dass die vorhandenen nichtamtlichen Bestände überwiegend unerschlossen sind.

Abschließend beschäftigte sich Katharina Tiemann (LWL Archivamt für Westfalen in Münster) mit dem Thema der monetären Bewertung von Archivgut im Rahmen der Doppik. In ihrem Beitrag »Bewertung von Archivgut im Rahmen der Bilanzierung« verfolgte sie rückschauend die Einführung der Doppik und ihre Bedeutung in den einzelnen Bundesländern. Seit 2004 bis zum jetzigen Zeitpunkt (2010) haben die Kommunen in fast allen Bundesländern die Doppik eingeführt. Tiemann stellte die daraus resultierenden Bestimmungen für die Bewertung von Archivgut und ihre Auswirkungen für die Übernahmepaxis vor.

Die zweite Arbeitssitzung beschäftigte sich mit der Überlieferungsbildung. Am Beispiel eines Politikernachlasses stellte Harry Scholz (Archiv der sozialen Demokratie) die Frage, ob Nachlässe zum Sammlungsgut gehören oder als eigene Archivaliengattung für sich stehen sollten. Darüber hinaus ging Scholz auf das Problem der Nachlassersplitterung auf verschiedene Archive und Institutionen ein. Er befürwortete

bei der Übernahme von Nachlässen zukünftig eine engere Absprache zwischen den Archiven. Zudem gab er den wichtigen Hinweis, dass Überlieferungsbildung im Bereich der Nachlässe im Zeitalter von Online-Findmitteln auch im Verbund stattfinden kann. Dies würde in der Umsetzung bedeuten, dass sich Nachlassteile zwar in verschiedenen Archiven befinden, aber über Portale und zentrale Findmittel zusammenführbar sind. Seine Forderung lautete konkret »Kooperieren statt konkurrieren«.

Grit Ulrich (SAPMO-Bundesarchiv) definierte in ihrem Beitrag »Bewertung von nichtarchivischen Materialien in Nachlässen« gleich zu Beginn »nichtarchivisch« als »nicht-schriftlich«. Insbesondere bei Kunstgegenständen, Geschenken und Erinnerungstücken gilt in der Stiftung der Grundsatz, diese Stücke in den Familien zu belassen oder aber sie nach erfolgter Übernahme an Museen zu übergeben.

Anschließend zeigte Sibylle Einholz (Hochschule für Wissenschaft und Technik Berlin) anhand der Fotovereinbarungen des Historischen Vereins für die Geschichte Berlins, welche Fragen und Ergebnisse Historiker aus alten Fotobeständen ziehen können. Dabei gewährte sie interessante Einsichten in die Fototechnik und zeigte auch, dass bei den frühen Fotos die archivisch oft nicht beachtete Rückseite durchaus von Bedeutung sein kann.

Am Nachmittag diskutierten die Teilnehmer in drei Workshops über die rechtlichen Vorgaben bei der Übernahme von Nachlässen, die Erschließung von Karten und Nachlässen sowie über den archivischen Umgang mit AV-Medien.

In der dritten und letzten Arbeitssitzung stellte sich Reinhold Brunner bei der »Planung von Erschließungsprojekten« zwei grundlegende Fragen: Wer verzeichnet, und wie wird die Verzeichnung finanziert? Brunner hob die Bedeutung einer genauen Projektbeschreibung hervor, unabhängig davon, ob die Erschließung

durch eigene oder externe Kräfte erfolgt. Eine größtmögliche Normierung bei den Erschließungsvorgaben ist hier von Vorteil. Nur auf diese Weise minimiert sich die nachträgliche Kontrolle und Mehrarbeit.

Anschließend präsentierten Joachim Ott (Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena) und Uwe Darthe (TU Braunschweig) ein von der DFG gefördertes Erschließungsprojekt, den Nachlassfund des Politikers Clemens von Delbrück (1856–1921) vor. Dieser wird digitalisiert und mit Hilfe der Bibliothekssoftware UrMEL erschlossen.

Ulrich Nieß (Stadtarchiv Mannheim) stellte in seinem Beitrag »Erschließung bei Digitalisierung ganzer Bestände – was erwartet uns?« das Mannheimer Digitalisierungszentrum des Stadtarchivs vor. Digitalisierte Akten ermöglichen eine Erschließung außer Haus. Auch intensiv genutzte Bestände bieten sich zur Digitalisierung an, um den Kollegen die Arbeit bei der Nutzerbetreuung zu erleichtern. Ein großes Problem bei der Erschließung mit Hilfe von Digitalisaten stelle aber weiterhin die Nachkontrolle dar.

Die Texte dieses Seminars werden wie gewohnt in der Reihe der *Texte und Untersuchungen zur Archivpflege* des LWL-Archivamtes für Westfalen erscheinen.

Der 2. Teil dieser Fortbildungsveranstaltung findet vom 23.–25. November 2011 in Eisenach statt und hat »Bestandserhaltung, Dokumentationsprofil, Rechtsfragen« zum Thema.

Antje Diener-Staackling

## ■ Fortbildungsveranstaltung Notfallprävention und Notfallmaßnahmen in Hamm, Siegen und Münster 2010

Vor dem Hintergrund der Konstituierung des Notfallverbundes Münster im September vergangenen Jahres und auf Basis langjähriger Erfahrung im Bereich der Schadensvor- und nachsorge, veranstaltete das

LWL-Archivamt drei regionale Fortbildungen mit den Schwerpunkten Prävention, Aufbau und Organisation von Notfallverbänden und Notfallbewältigung, an denen insgesamt 75 ArchivmitarbeiterInnen teilnahmen.

Aufbauend auf einer Checkliste zur Risikoanalyse führte Marcus Stumpf zu Beginn in jene baulichen, organisatorischen und lagerungstechnischen Maßnahmen ein, die das Risiko eines Schadensfalls im Archiv erheblich minimieren können. Die sich anschließenden organisatorischen und rechtlichen Aspekte bei der Bildung regionaler Notfallver-

sentlich erleichtert, um mit der fachlichen Hilfe und Unterstützung des LWL-Archivamtes die Folgeschäden so gering wie möglich zu halten.

Im zweiten Teil des Seminars widmete sich Birgit Geller den praktischen Aspekten der Notfallbewältigung. Schadensbeispiele der vergangenen Jahre zeigten, dass ein Notfall nicht »planbar« ist und trotz allgemeingültiger Handlungsabläufe immer auch das Ergreifen individueller Maßnahmen erfordert. Mit Hinweisen zu Handhabung, Verpackung und Transport verschiedener Archivaliengattungen wurde den unterschiedlichen Anforderungen bei



Praktische Übung im Verpacken von Akten in Siegen (Foto: Thomas Wolf, Siegen)

bünde stießen bei den Teilnehmern auf großes Interesse. Wurden doch die bislang gewonnenen Erfahrungen anderer Notfallverbände aufgearbeitet und mitsamt modifizierter Arbeitsmaterialien, wie zum Beispiel einem Musternotfallplan, so präsentiert, dass eine Übertragung auf die regionale Verhältnisse wesentlich vereinfacht ist. Doch ist zu betonen, dass die Bildung eines Notfallverbundes nicht nur einmalige, sondern kontinuierliche Arbeit erfordert, um im Schadensfall Handlungsfähigkeit zu erhalten. Es ist zu betonen, dass die Existenz eines regionalen Notfallverbundes zielgerichtete und vor allem rasche Maßnahmen zur Bergung geschädigten Archivguts we-

der Bergung von losem oder gebundenem Schriftgut, Fotobeständen oder auch Großformaten Rechnung getragen.

Die Fortbildung schloss mit einer Präsentation des Inhaltes handelsüblicher Notfallboxen sowie ihrer Erweiterungsmöglichkeiten und einer praktischen Übung zum Verpacken durchnässter Akten. Seitens jener Teilnehmer, die noch keine einschlägigen Erfahrungen im Erstversorgungszentrum des Historischen Archivs in Köln gewonnen hatten, war dies die Gelegenheit, die Tücken des nassen und glitschigen Objekts kennen zu lernen.

Die Inhalte der Fortbildung wurden den Teilnehmern in kompri-

mierter Form auf CD zur Verfügung gestellt. Weitere Informationen zu allen Aspekten der Notfallvorsorge, des Aufbaus von Notfallverbänden und der konkreten Notfallbewältigung (u. a. die Notfallvereinbarung Münsters im Wortlaut) finden sich auf der Homepage des LWL-Archivamtes.

Birgit Geller

## ■ Neues zur Archivpädagogik

Am 26. Oktober trafen sich 14 ArchivarInnen und Archivpädagoginnen/-pädagogen im LWL-Archivamt, um über neue Konzepte zur Organisation und Gestaltung von Archivpädagogik angesichts neuer Anforderungen durch die Initiative »Bildungspartner« zu beraten. Weitere Teilnehmer waren je eine Vertreterin des Kompetenzteams Münster, das für die Lehrerfortbildung in Münster zuständig ist, und von der Medienberatung NRW in Düsseldorf. Als Probleme wurden von den TeilnehmerInnen neben Zeitmangel im Archiv vor allem Mangel an Kontinuität bei der Zusammenarbeit mit Schulen und an archivischen und lokalhistorischen Kenntnissen beim Lehrpersonal benannt.

Mehr Kontinuität will die Marke »Bildungspartner« schaffen, die von der Medienberatung als Label an Schulen und Archive vergeben wird. Die Initiative wird von den kommunalen Spitzenverbänden unterstützt. Einzelne Schulen und Archive sollen feste Kooperationen eingehen, auf deren Grundlage sie gemeinsam unter Berücksichtigung der Lehrpläne ein geeignetes Programm entwickeln. Insbesondere eröffnen sich der Archivpädagogik in Zukunft neue Möglichkeiten durch Projektkurse zum forschenden Lernen in den Qualifikationsstufen 1 und 2 (Klassenstufen 11 und 12). Die Medienberatung unterstützt die Kooperationen durch eine Kommunikationsplattform im Netz, durch Newsletter, Tagungen, Wettbewerbe und Informationsmaterial. Die

Kompetenzteams können die Schulen über die Angebote von Archiven informieren und sie bei Kooperationen unterstützen. Start der Initiative ist auf dem Rheinischen Archivtag am 7. und 8. Juli 2011, auf dem praktische Beispiele gezeigt werden.

Inhaltliche Anregungen bietet auch der Arbeitskreis Archivpädagogik beim VdA. Nähere Informationen und Beispiele aus der Praxis findet man im Internet unter [www.archivpaedagog.de](http://www.archivpaedagog.de).

Um Schulen und Archive mit einander in Kontakt zu bringen, scheinen Informationsbörsen auf Kreisebene sinnvoll. Das Bildungsbüro des Kreises Borken, der am bundesweiten Förderprogramm »Lernen vor Ort« teilnimmt, hat bereits zu einem Austausch zwischen Schulen und Kulturpartnern im Kreis eingeladen.

Die öffentlichen Archive in Münster planen für November 2011 unter dem Titel »Lernort Archiv« eine Veranstaltung, auf der LehrerInnen aller Schulen in Münster und im Umland über ihr archivpädagogische Angebot informiert werden sollen. Es soll möglichst vielen Schulen die Möglichkeit zu einem Archivbesuch eröffnet werden; eine Konkurrenz zum Angebot anderer Kommunalarchive der Region ist ausdrücklich nicht gewollt.

Außer in Münster ist auch an die anderen beiden Abteilungen des Landesarchivs NRW je ein Geschichtslehrer mit acht Wochenstunden als Archivpädagoge abgeordnet. Um auch Schulen in Orten, die über kein Archiv mit archivpädagogischem Angebot verfügen, einzubeziehen, wenden sich diese Archivpädagogen in Münster und Detmold inzwischen auch an das weitere Umland. Es bleibt von Fall zu Fall zu klären, inwieweit auch Kreisarchive und größere Stadtarchive in ähnlicher Weise ihre Region mit abdecken können.

Der Landeswettbewerb »Archiv und Jugend« wurde 2010 zum 4. Mal durchgeführt. Da die Beteiligung von Jahr zu Jahr weiter zurückgeht, sind Anfang 2010 zwei

Evaluierungen in Auftrag gegeben worden. Dabei zeigte sich, dass in vielen, vor allem kleineren Kommunen die notwendige Infrastruktur fehlt, dass sich aufwendige Projekte ohne weitere Geldmittel nicht wiederholen lassen und nicht zu einem Wandel im Aufgabenverständnis der ArchivarInnen führen. Vorgeschlagen wurde die Etablierung eines archivpädagogischen Dienstes an zentraler Stelle, die Zusammenarbeit mit anderen Bildungseinrichtungen, eine Vernetzung, die Aufhebung der Altersbegrenzung, die Entwicklung eines »Archivkoffers« nach rheinland-pfälzischem Vorbild und die Förderung von kleinen, aber wiederholbaren Projekten, insbesondere von Modulen. In der Ausschreibung wurde diesen Vorschlägen bereits teilweise Rechnung getragen. Beworben haben sich aus Westfalen-Lippe nur fünf Archive, die alle in den Genuss der 80%-igen Landesförderung kommen: 1. Stadtarchiv Arnsberg: »Arnsberg im Wandel«: Vergleich alter Fotomotive mit der heutigen Situation; 2. Stadtarchiv Bielefeld: »Kommen und Gehen – Auf den Spuren der Migration in Bielefeld«. Entwicklung von migrationsgeschichtlichen Stadtrundgängen. 3. Fritz-Hüser-Institut Dortmund: »Schreibwelten – erschriebene Welten«. Archivpädagogisches Begleitprogramm zur gleichnamigen Ausstellung über die Gruppe 61; 4. Stadtarchiv Harsewinkel: »Geschichte eines Gefängnisses«. Erarbeitung der Geschichte des Harsewinkler Gefängnisses durch Jugendliche. 5. Stadtarchiv Soest: »Historischer Soest-Krimi«. Schreiben eines 1890 in Soest spielenden Krimis mit historischen Vorrecherchen im Stadtarchiv. – Ein Antrag mit archivpädagogischen Modulen wurde nicht gestellt.

Acht solcher Module, deren Entwicklung zwar aufwendig, deren Nutzen aber groß ist, wenn sie regelmäßig eingesetzt werden, haben die Abteilungen Technisches Zentrum, Westfalen und Ostwestfalen-Lippe des Landesarchivs zusammen

mit dem Historischen Archiv der Stadt Köln bei der letzten Staffel des Landeswettbewerbs unter dem Titel »Geschichte in der Werkstatt« entwickelt ([www.archivundjugendrestaurierungswerkstatt.de](http://www.archivundjugendrestaurierungswerkstatt.de)). Dabei sollen durch erlebnisnahe Vermittlung Jugendliche für den Kulturgutschutz sensibilisiert werden.

Für die Zukunft wurde um Unterstützung bei der Kooperation zwischen Archiven und Schulen gebeten und wurden Fortbildungsangebote zur pädagogischen Praxis im Allgemeinen und über Angebote für Grundschulen und über die Arbeit mit Vereinen und Verbänden im Besonderen angeregt. Weitere Vorschläge zu archivpädagogischen Fortbildungsveranstaltungen sind jederzeit willkommen.

Gunnar Teske

## ■ Archiv und Schule: Bericht über eine Lehrerfortbildung des Westfälischen Wirtschaftsarchivs

Das Westfälische Wirtschaftsarchiv (WWA) Dortmund hat von Oktober 2010 bis März 2011 eine mehrtägige Lehrerfortbildung zum Thema »Strukturwandel in Dortmund und im östlichen Ruhrgebiet« initiiert und dabei die Archivarbeit als methodischen Zugriff in den Vordergrund gestellt. Ziel war nicht nur, Berührungspunkte und Hemmschwellen der Lehrer und Schüler vor der Archivarbeit abzubauen, sondern auch Quellen aus den WWA-Beständen als Unterrichtsmaterialien zugänglich zu machen. Ein weiterer Akzent der Fortbildung lag auf der neuen Unterrichtsform der »Projektkurse«, die in der gymnasialen Oberstufe in NRW ab dem Schuljahr 2011/12 eingerichtet werden. Sie laufen über den Zeitraum eines ganzen Schuljahrs und ermöglichen dadurch den Schülern eine vertiefte und in Teilen auch selbstständige Auseinandersetzung mit einem Themenschwerpunkt (<http://www.standardsicherung.schulminis>

[terium.nrw.de](http://terium.nrw.de) → Projektkurse S II [5.4.2011]).

Wie ein solcher Projektkurs zum Thema Strukturwandel unter Berücksichtigung von Archivmaterialien aussehen kann, das vermittelte das WWA in Kooperation mit der Bezirksregierung Arnsberg, der Industrie- und Handelskammer Dortmund, der Wirtschaftsförderung Dortmund und dem Historischen Institut der Technischen Universität Dortmund. An der Fortbildung nahmen rund 60 Lehrerinnen und Lehrer aus dem Großraum Dortmund, Bochum, Hagen und Arnsberg teil, die in der gymnasialen Oberstufe die Fachrichtungen Geschichte, Erdkunde und Sozialwissenschaften unterrichten.

Die Auftaktveranstaltung mit Einführungsvorträgen zum Strukturwandel im östlichen Ruhrgebiet fand im Oktober 2010 in den Räumen der IHK zu Dortmund statt. Karl-Peter Ellerbrock (WWA) berichtete zunächst aus wirtschaftsgeschichtlicher Perspektive über den Strukturwandel im Dortmunder Raum. Im Anschluss erläuterte Karl Lauschke (Historisches Institut der TU Dortmund) den Wandel der Arbeit am Beispiel der Bergarbeiter und Rainer Lichte (Sozialforschungsstelle Dortmund) blickte aus arbeitssoziologischer Sicht auf die Stahlindustrie.

Materialien und Quellen für einen Projektkurs zum Thema Strukturwandel präsentierten drei Lehrer der Fachrichtungen Geschichte, Sozialwissenschaften und Erdkunde. Sie zeigten ihren Kollegen beispielsweise Bauzeichnungen von Bergarbeiter-Wohnungen (Geschichte), Pläne zur Umnutzung des ehemaligen Hochofen- und Stahlwerksgeländes Phoenix in Dortmund-Hörde (Erdkunde) und statistische Aufstellungen über italienische Gastarbeiter (Sozialwissenschaften).

Die Rahmenbedingungen sowie der Aufbau und Verlauf von Projektkursen war Thema der zweiten Tagung im November 2010, die ebenfalls in den Räumen der IHK zu Dortmund stattfand. Wolf-

gang Emer und Felix Rengstorff vom Oberstufenkolleg Bielefeld referierten über das didaktische Konzept von Projektkursen und gaben den Lehrern hilfreiche Tipps zu Lernmethoden und Arbeitstechniken. Anschließend erarbeiteten die Teilnehmer unter der Leitung der o. g. Fachlehrer in drei Workshops weitere Konzepte und Ideen zur Gestaltung von Projektkursen zum Thema Strukturwandel.

Die Archivarbeit als methodisches Konzept der Projektkurse stand schließlich im Vordergrund der dritten Tagung im Februar 2011. Ellerbrock machte die Lehrer zunächst mit dem Archivwesen der Wirtschaft und der Arbeit des WWA vertraut und präsentierte in einem zweiten Schritt ausgewählte Bestände des WWA mit Bezügen zum Thema Strukturwandel. Wie Archivarbeit in die schulische Praxis eingebunden werden kann und wie Schüler und Lehrer in den Beständen mögliche Unterrichtsmaterialien finden, das zeigten im Anschluss die WWA-Mitarbeiterinnen Nancy Bodden und Gabriele Unverferth. Den Lehrern wurde Schritt für Schritt vermittelt, wie ein Archiv funktioniert, welche Recherchemöglichkeiten es gibt und wie über Findmittel der Zugriff auf die Quellen erfolgt. Dabei wurde deutlich gemacht, dass Schülern diese Faktoren bereits vor dem Archivbesuch im Unterricht vermittelt werden müssen, denn die Archivmitarbeiter können die Schüler während ihrer Recherchen zwar beraten, aber keine intensive Betreuung leisten.

Im Mittelpunkt der Abschlussveranstaltung im März 2011 stand die Frage, wie thematisch mit dem »industriellen Erbe« in der Schule umgegangen werden kann. Dazu referierte zunächst Andreas Broeckmann, Gründungsdirektor des »Dortmunder U«, über die Umnutzung des ehemaligen Lagerkeller-Hochhauses der Dortmunder Union-Brauerei zu einem »Zentrum für Kunst und Kreativität«. Anschließend erläuterte Ulrike Gilhaus (LWL-Industriemuseums Zeche Zollern II/IV) den

Auftrag und die museumspädagogischen Ziele des Museums, das 1979 auf dem stillgelegten Zechengelände entstand. In der anschließenden von Ellerbrock moderierten Podiumsdiskussion kamen neben den beiden Referenten auch die Fachlehrer der Projektgruppe sowie Vertreter der Bezirksregierung Arnsberg und der Wirtschaftsförderung der Stadt Dortmund zu Wort. Einigkeit bestand darin, dass im schulischen Alltag zunehmend auch Themen der regionalen Wirtschaft sowie wirtschaftliche Zusammenhänge eine Rolle spielen müssen. Dazu hat die Fortbildungsreihe viele nützliche Anregungen für die Unterrichtspraxis gegeben.

Nancy Bodden

### ■ 30 Jahre Kreisarchiv Paderborn

Kreisarchive sind bekanntlich die jüngste Spezies der kommunalen Archivfamilie. Das Kreisarchiv Paderborn zählt mit seinen 30 Lenzen tatsächlich schon zu den älteren Einrichtungen seiner Art in Nordrhein-Westfalen. Der Geburtstag gab Anlass, mit einer öffentlichen Veranstaltung auf das Archiv und seine Tätigkeit in den vergangenen drei Jahrzehnten hinzuweisen. Aus räumlichen Gründen wurde die Feier nicht am Standort des Archivs in Büren, sondern in Paderborn ausgerichtet. Sie fand am 5. November 2010 im großen Sitzungssaal des Kreishauses, der »guten Stube des Kreises« statt, wobei die Anbindung an die turnusmäßige Zusammenkunft der Ortschronisten und Ortsheimatpfleger im Kreis Paderborn bewusst vorgenommen wurde. Neben diesem Personenkreis waren auch zahlreiche Vertreter benachbarter Archive und »verwandter« Institutionen eingeladen.

Landrat Manfred Müller begrüßte die etwa 100 erschienenen Gäste. Sein einführender Vortrag trug den Titel »Archive braucht das Land« (siehe S. 44–46 in diesem Heft). Die

Arbeit der Archive, so Müller, hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark gewandelt und wird sich auch weiterhin durch die Anforderungen des digitalen Zeitalters verändern. Kommunalarchive sind heute Kompetenzzentren für Aktenmanagement und Geschichtsdokumentation, sie sind das demokratisch verfügbare kulturelle Gedächtnis einer Region. Müller betonte, dass die Bewahrung des historischen Erbes einen gewichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Kommunalpolitik leistet. In diesem Sinne sind Kreisarchive »Gedächtnis eines Kreises«, sie sind Informationsspeicher für Verwaltung, Politik und Presse, vor allen Dingen aber sind sie moderne Dienstleistungs- und Serviceeinrichtungen für die Bürgerinnen und Bürger im Kreis.

Wilhelm Grabe (Kreisarchiv Paderborn) gab anschließend in Wort und Bild einen Überblick über die Entwicklung des Archivs, das erstmals mit Jahresbeginn 1980 hauptamtlich besetzt wurde. Bekanntlich aber hat jede Geschichte eine Vorgeschichte: Der Altkreis Büren, einer der beiden Rechtsvorgänger des heutigen Kreises Paderborn – hat lange Zeit die als überflüssig empfundenen Akten als Altpapier an eine Papiermühle veräußert. 1878 schaltete sich erstmals die Kgl. Preussische Archivverwaltung ein. Nach 1930 wurden in mehreren Schüben Altakten an das Staatsarchiv Münster abgegeben (von wo sie dann später nach Detmold gelangten). En-

de der 1950er Jahre kamen in Büren dann erstmals Überlegungen auf, die eigene Aktenüberlieferung in einem eigenen Kreisarchiv aufzubewahren. Tatsächlich wurde 1964 das Kreisarchiv Büren eingerichtet. Wenigstens auf dem Papier zählte es zu den ersten derartigen Einrichtungen überhaupt in Nordrhein-Westfalen. Über Ansätze hinaus ist diese erste Gründung allerdings nicht gelangt. Für den Altkreis Paderborn liegen über Bemühungen und Initiativen aus der Zeit vor 1945 keine Erkenntnisse vor, da bis auf wenige Einzelvorgänge sämtliche Unterlagen gegen Ende des Zweiten Weltkrieges vernichtet wurden. Die historische Überlieferung des Landratsamtes Paderborn war bereits vor 1923 gesichtet worden, übrigens als erstes Archiv eines Landkreises in Westfalen. Leider sind sowohl Verzeichnis wie Archiv im März 1945 verbrannt, so dass Umfang und Bedeutung der Bestände heute nur vage zu erahnen sind. Nach 1945 wurde die Einrichtung eines Kreisarchivs aus nahe liegenden Gründen zunächst nicht für nötig befunden. Immerhin wurde aber 1957 verwaltungsintern ein Archivpfleger bestellt. – Erst Mitte der 1970er Jahre – im Zusammenhang mit der kommunalen Neuordnung – wurden neue Überlegungen angestellt, wie die vorhandene und künftig zu erwartende Aktenproduktion der Kreisverwaltung archivmäßig in den Griff zu bekommen sei. Nach mehrmaligen Verzögerungen wurde



30 Jahre Kreisarchiv Paderborn (Foto: Kreisarchiv Paderborn)

dann zum Januar 1980 ein hauptamtlicher Kreisarchivar eingestellt. Das dem Kulturamt zugeordnete Archiv war zunächst provisorisch in der Nebenstelle des Kreishauses in Büren untergebracht, seit Ende 1983 dann an den heutigen Standort, das ehemalige Bürener Amtshaus an der Lindenstraße, verlegt.

Inzwischen ist das »Gedächtnis des Kreises Paderborn« auf drei Standorte in Büren verteilt. Die räumliche Ausbreitung ist Ergebnis des nicht unerheblichen Beständewachstums, momentan etwa 1000 laufende Meter Akten, Bücher, Zeitungen, Fotografien, Plakate, Karten usw. Aus dem Verständnis als moderne kreisgeschichtliche Dokumentationsstelle heraus sammelt das Kreisarchiv über das amtliche Schriftgut hinaus aktiv Ergänzungsüberlieferungen, um sich als kompetente Anlaufstation für Fragen der Regional- und Ortsgeschichte präsentieren zu können. Auch der Bereich der Öffentlichkeitsarbeit (Ausstellungen, Veröffentlichungen, Archivführungen) hat in den vergangenen Jahren erheblich an Bedeutung zugelegt, soll doch gezeigt werden, dass die Archive als »Gedächtnis der Gesellschaft« sich keineswegs hinter den anderen Erinnerungsinstitutionen wie Bibliotheken und Museen verstecken müssen. Dass die Öffentlichkeitsarbeit sich für das Kreisarchiv Paderborn auszahlt, lässt sich auch an der steigenden Zahl von Benutzern und schriftlichen Anfragen ablesen.

Dritter Programmpunkt der Geburtstagsfeier war eine von Wilhelm Grabe moderierte Podiumsdiskussion unter der Überschrift »Archive – Geschichte – Heimat«, an der neben Hermann-Josef Schmalor (Verein für Geschichte und Altertumskunde Westfalens – Abt. Paderborn) und Marcus Stumpf (LWL-Archivamt für Westfalen) auch Landrat Manfred Müller teilnahm. Nachdem die Podiumsteilnehmer ihre erste Berührung mit einem Archiv geschildert hatten, hob Müller nochmals die Bedeutung der kommunalen Archive als lebendige Erinnerungs- und Geschichts-

orte hervor. Es entwickelte sich eine rege Diskussion unter Einbeziehung der anwesenden Gäste.

Wilhelm Grabe

### ■ Projektarbeit: Schüler planen den Umbau des Stadtarchivs Steinfurt

Am 8. Februar 2011 fand ein Projekt im Stadtarchiv Steinfurt seinen Abschluss, das in dieser Form sicherlich nicht alltäglich ist. Schüler der Fachoberschule 12 – Bautechnik – der Technischen Schulen des Kreises Steinfurt (TSST) stellten im Lesesaal des Stadtarchivs ihre Abschlussarbeiten zu dem Projekt *Renovierung eines öffentlichen Gebäudes: Ehemaliges Behördenhaus – An der Hohen Schule 13* – vor. Projekte dieser Art bilden seit einigen Jahren einen festen Bestandteil der schulischen Ausbildung der FOS 12 Bautechnik. Die Aufgabenstellungen können dabei variieren. Planungen von Neubauten sind ebenso möglich wie die Sanierung historischer Gebäude oder die Ausarbeitung neuer Nutzungskonzepte für bereits bestehende Bauwerke.

Das Gebäude *An der Hohen Schule 13*, das Gegenstand dieser Projektarbeit war, liegt im historischen Stadtkern des Ortsteils Burgsteinfurt.

Es wurde im Jahre 1952 an der Stelle einer im Zweiten Weltkrieg zerstörten Mädchenschule errichtet. Das zweieinhalbgeschossige Bauwerk war als Behördenhaus konzipiert worden und beherbergte zeitweise u. a. das Arbeitsamt und eine Nebenstelle der Landwirtschaftskammer. Heute sind dort das Stadtmuseum (Erdgeschoss), das Stadtarchiv (Dachgeschoss) und seit 2010 Unterrichtsräume der Musikschule (1. Obergeschoss) untergebracht.

Die Schüler, die bereits alle über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen und mithilfe der schulischen Ausbildung an den Technischen Schulen des Kreises Steinfurt die Qualifikation für ein weiterführendes Studium erwerben wollen, hatten nun die Aufgabe, das ehemalige Behördenhaus unter Berücksichtigung der Aspekte Bauphysik, Architektur und Innenraumgestaltung auf Problemfälle zu untersuchen und Vorschläge zu deren Lösung auszuarbeiten. Sie konnten bei dieser Aufgabe mit der Unterstützung der Stadtverwaltung rechnen. Insbesondere das Amt für Hochbau und Zentrale Gebäudebewirtschaftung sowie der damalige Steinfurter Stadtarchivar Dr. Ralf Klötzer lieferten für die Projektarbeit wertvolle Informationen. Auf dieser Grundlage erarbeite-



Das ehemalige Behördenhaus in Burgsteinfurt beheimatet heute das Stadtarchiv und das Stadtmuseum (Foto: Achim Becker).



ten die Schüler von Lehrer Benedikt Karrasch Konzepte, die sowohl eine verbesserte Raumnutzung im Innenausbau als auch zeitgemäße energetische Sanierungsmaßnahmen unter Berücksichtigung des Charakters des historischen Gebäudes vorsahen. Natürlich wurden dabei die technischen Besonderheiten, die ein als Archiv genutztes Gebäude beispielsweise im Hinblick auf die Klimatisierung der Magazinräume erfordert, berücksichtigt. Auch an barrierefreie Zugänge für Benutzer und Mitarbeiter sowie die Erleichterung von Archivalientransporten wurde gedacht. Hierzu wurden z. B. die Treppen am Gebäudeingang teilweise durch eine Rampe ersetzt. Ferner wurde der Einbau eines Aufzugs vorgeschlagen.

Zum Abschluss des im September 2010 begonnenen Projekts präsentierten die Schüler ihre Arbeitsergebnisse passenderweise im Lesesaal des Stadtarchivs vor dem Steinfurter Bürgermeister Andreas Hoge, Vertretern der lokalen Presse sowie weiteren Repräsentanten der Stadt Steinfurt und der Technischen Schulen des Kreises Steinfurt. Besondere Beachtung erlangten dabei nicht nur die multimedialen Präsentationen, sondern vor allem ein maßstabsgetreues Holzmodell des Behördenhauses, das sich zur besseren Veranschaulichung der jeweiligen Thematik in seine Einzelgeschosse zerlegen ließ.

Alles in allem ist dieses Projekt ein Beispiel für eine nicht alltägliche Zusammenarbeit zwischen Archiv und Schule, von der beide Seiten profitieren können. Bürgermeister Andreas Hoge war jedenfalls derart angetan von den Schülerleistungen, dass er um die Zusendung der fertigen Arbeiten bat.

Achim Becker

## ■ Kolloquium »Biografie in der Stadt- und Regionalgeschichte«

Am 4. und 5. November 2010 fand ein vom Stadtarchiv Iser-

lohn und dem LWL-Archivamt für Westfalen (Münster) veranstaltetes Biografie-Kolloquium in den Räumen der Iserlohner Volkshochschule statt.

Über 50 Historiker, Archivare und interessierte Laien nahmen an den Vorträgen teil. In der ersten Arbeitssitzung, moderiert von Bernd Walter (LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte, Münster), wurden am Donnerstag methodische und quellenkundliche Aspekte behandelt. Es referierten Thomas Etzmüller (Universität Oldenburg), Volker Depkat (Universität Regensburg), Marcus Weidner (LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte, Münster) und Axel Schollmeier (Stadtmuseum Münster), u. a. zu den Themen: Ego-Dokumente als quellenkundliches Problem, Biografische Nachschlagewerke im Zeitalter des Internet.

Am Abend fand ein öffentlicher Vortrag statt: Wilfried Reininghaus (Landesarchiv NRW, Düsseldorf) sprach über Iserlohns Oberbürgermeister Johann Caspar Lecke (1694–1785).

In der zweiten Arbeitssitzung am Freitag, moderiert von Ralf Blank (Historisches Centrum Hagen), wurden Ansätze zur Auswertung biografischer Quellen in der Stadt- und Regionalgeschichte besprochen.

Es referierten: Dietmar Simon (Bergstadt-Gymnasium, Lüdenscheid), Annette Hennigs (Landesarchiv NRW, Abt. Westfalen, Münster), Walter Wehner (Iserlohn) und Götz Bettge (Stadtarchiv Iserlohn).

Nach der Schlussdiskussion nahmen viele Teilnehmer und Referenten die vom Iserlohner Stadtarchivar Götz Bettge angebotene Möglichkeit einer Führung durch das Iserlohner Villenviertel Stennerstraße/Tyrol wahr. Die Beiträge werden als 26. Band in der Reihe *Westfälische Quellen und Archivpublikationen* (WQA) des LWL-Archivamtes erscheinen.

Götz Bettge

## ■ 7. Detmolder Sommergespräch

Zum siebten Mal trafen sich am 1. September 2010 Historiker, Genealogen, Archivare und Interessierte zum Detmolder Sommergespräch, das sich dieses Mal der jüdischen Genealogie im Archiv, in der Forschung und in Netzwerken widmete. Unter der Federführung von Bettina Joergens bot die Abteilung Ostwestfalen-Lippe des Landesarchivs NRW gemäß der Grundidee der Veranstaltungsreihe, Personen unterschiedlicher Sparten und (Forschungs-)Interessen zusammenzubringen, eine beachtliche Bandbreite an Referenten auf. Das Detmolder Archiv sei als Ausrichter einer derartigen Veranstaltung besonders geeignet, wie die Organisation einfühlend bemerkte, denn immerhin verwahre es einen Bestand an Judenregistern mit mehr als 900 Verzeichnungseinheiten. Angesichts der gestiegenen wissenschaftlichen wie literarischen Bedeutung, die der jüngeren und jüngsten jüdischen familiengeschichtlichen- und genealogischen Forschung zukomme, böten diese eine hervorragende Quelle.

Diesen Gedanken aufgreifend, bestätigte Birgit Klein (Hochschule für jüdische Studien, Heidelberg) in ihrem Eröffnungsvortrag zunächst eine gewachsene Aufgeschlossenheit gegenüber jüdischer Genealogie. Sie verwies jedoch ebenso auf einige Problemfelder, die die Beschäftigung mit jüdischer Her- oder Abkunft erschweren. So diskreditierten Versuche, die Existenz eines jüdischen Volkes wissenschaftlich zu beweisen bzw. zu widerlegen, genealogische Forschungen und führten bis in die jüngste Vergangenheit zu heftigen Debatten. Darüber hinaus werde die Forschung insbesondere durch die Quellenlage behindert: Aufgrund von spezifischen Aufzeichnungspraktiken hätten sich seit der Zeit des rabbinischen Judentums nur wenige Abstammungslisten oder sonstige Quellen erhalten, die zur Re-

konstruktion von Ahnenreihen oder Familienverbänden geeignet wären.

Diese eher negative Beurteilung teilte auch Peter Honigmann (Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Heidelberg), der diesen Umstand mit Verlusten durch Verfolgungen und Katastrophen, aber auch mit der »Indifferenz der Verantwortlichen in den Gemeinden« begründete. Selbst für das Personenstandswesen so elementare Ereignisse wie Geburt oder Tod seien nicht immer aufgezeichnet worden. Gleichwohl gelang es dem Referenten, einige Quellengattungen wie Mohel- und Memorbücher zu benennen, die diesen Mangel trotz ihrer Selektivität wenigstens zum Teil beheben können. Anlass zur Entstehung systematischerer neuzeitlicher Quellen seien hingegen häufig obrigkeitliche Versuche der Erfassung und Kontrolle jüdischer Bevölkerungsteile gewesen.

Tobias Schenk (Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, Wien) widmete seinen Beitrag einer dieser obrigkeitlichen, gleichwohl bislang unterschätzten Quellengattungen. Ebenso wie zur Zeit ihrer Anlage am Ende des Ancien Régime dienten die in Detmold aufbewahrten Juden- und Dissidentenregister auch im 19. Jahrhundert als Instrument der Überwachung. Diese systematisch erhobenen Daten wurden schließlich auch für die nationalsozialistische Rassenideologie eingesetzt, was sich auch ihre Überlieferung auswirkte.

Auf diesem Aspekt ging Bettina Joergens (Landesarchiv NRW, Abt Ostwestfalen-Lippe) ein, indem sie am Beispiel des Bestands P 10 die Nutzung von Schriftgut durch die Nationalsozialisten veranschaulichte. Hierzu zeichnete sie den als »Odyssee« charakterisierten Weg des Bestands in die Detmolder Magazine nach. Ausgehend von den jeweiligen Entstehungsorten gelangten die Archivalien über Berlin, Thüringen und Brühl letztendlich nach Lippe. Diese verworrene Irrfahrt aufdröselnd, zeigte Joergens, welche Schwierigkeiten die jüdische Genea-

logie und Familienforschung zuweilen zu überwinden hat, selbst wenn Quellen erhalten sind.

Die zweite Tagungssektion eröffnete Wilfried Reininghaus (Landesarchivs NRW) mit einer Vorstellung des Historischen Handbuchs der jüdischen Gemeinden in Westfalen. Dieses bietet dem Leser durch Überblicks- wie Ortsartikel einen Zugang zur Geschichte jüdischer Gemeinden in den drei Regierungsbezirken Arnsberg, Detmold und Münster. Reininghaus betonte des Weiteren, dass zwischen Quellen jüdischer und nichtjüdischer Provenienz unterschieden werden müsse, da sie zu deutlich in ihrer je eigenen Perspektive differierten.

Elizabeth Harding (Herzog August Bibliothek, Wolfenbüttel) ging als Mitarbeiterin des Redaktionsteams auf diese Problematik ein, plädierte jedoch dafür, nichtjüdische Quellen in ihren Aussagen ernst zu nehmen. Selbst negative Schilderungen könnten so Hinweise auf tiefer liegende Einstellungen der Verfasser ermöglichen. Zur Illustration ihrer These ging sie auf jüdische Zu- oder Beinamen ein, die infolge ihrer Variabilität zwar nicht zur Identifizierung von Familienzugehörigkeiten genutzt werden könnten. Jedoch ließen sich an ihnen die mehrheitlich abweisenden Denkstrukturen nichtjüdischer Zeitgenossen nachvollziehen.

Den letzten Vortrag des Tages hielt mit Helga Heilbut (Hamburger Gesellschaft für Jüdische Genealogie e. V.) eine Praktikerin, die sich mit unterschiedlichen Recherchemöglichkeiten beschäftigte. Trotz aller Chancen, die das Internet Genealogen heute zur Verfügung stellt, riet sie eindringlich, die Familie als erste und wichtigste Informationsquelle nicht zu vernachlässigen.

Außer den Vorträgen wurden den über 100 Teilnehmern themenbezogene Führungen durch das Detmolder Archiv sowie Informationsstände zu relevanter Literatur und interessanten Projekten geboten. Dieses vielfältige Angebot und nicht zuletzt auch der multiperspektivische

Ansatz trugen Früchte, wie die Teilnehmerzahl und die angeregten Gespräche beweisen. Zudem machte das weite Spektrum der Vorträge sicherlich einen Reiz der Sommergespräche aus. Eine Veröffentlichung in Form eines Sammelbandes ist geplant.

Thomas Krämer

---

## ■ 1. Kulturmesse in Lüdenscheid – Eine gemeinsame Aktion der städtischen und privaten Kultureinrichtungen

Im Sommer 2009 wurde in Lüdenscheid eine moderierte Veranstaltung (»Zukunftswerkstatt«) für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt durchgeführt, in deren Verlauf Ziele und Rahmenvorgaben für die Arbeit der städtischen und privaten Kultureinrichtungen der Stadt entwickelt wurden. Zu diesen Zielen wurden im weiteren Prozess Arbeitsgruppen eingesetzt, die in den folgenden Monaten Handlungsstrategien zur Umsetzung dieser Ziele entwickeln sollten.

Eine der Arbeitsgruppen beschäftigte sich mit der engeren Vernetzung von Kultureinrichtungen und Schulen. Ein Ziel bestand darin, Kontakt und Austausch mit ErzieherInnen und LehrerInnen zu verbessern, einmal um die Möglichkeiten (und Grenzen) der Kultureinrichtungen aufzuzeigen, zum anderen, um Bedürfnisse und ggf. Probleme auf Seiten der Bildungseinrichtungen (G8, etc.) besser kennen zu lernen, um das eigene Angebot besser darauf abstimmen zu können.

Im Verlauf der Diskussionen innerhalb der Arbeitsgruppe kristallisierte sich schließlich die Ansicht heraus, dass zu Beginn des Prozesses eine Art Messe stehen sollte, auf der sich die unterschiedlichen Kultureinrichtungen dem Fachpublikum (und natürlich allen übrigen interessierten Bürgern) vorstellen sollten. Ziel der Messe sollte das gegenseitige Kennenlernen und das Knüpfen von (möglichst auf dauerhafte



Christin Spangenberg und Tim Begler am Informationsstand des Stadtarchivs Lüdenscheid (Foto: Stadtarchiv Lüdenscheid)

Kooperation ausgelegten) Kontakten zwischen Kultur- und Bildungseinrichtungen sein.

Hierzu wurde zunächst das Interesse der potentiellen Aussteller (v. a. der privaten Kultureinrichtungen in der Stadt) abgefragt. Angekündigt über einen Presseartikel folgte ein Anschreiben mit der Bitte um Interessensbekundung. Nach der viel versprechenden Resonanz der Kultureinrichtungen wurden erneut über die Presse und einen direkt versandten Informationsflyer sämtliche Bildungseinrichtungen der Stadt (KiTas, Grund- und weiterführende Schulen, Förder- und berufsbildende Schulen sowie die Einrichtungen der Jugendhilfe) auf das Vorhaben aufmerksam gemacht. Die Durchführung der Veranstaltung selbst übernahm dankenswerter Weise in weiten Teilen die Lüdenscheider EhrenamtBörse, deren Vertreter über die Arbeitsgruppe in die Planung bereits eingebunden waren.

Am Donnerstag, den 18.11.2010 fand dann zwischen 14:00 und 18:00 Uhr im Ratssaal der Stadt die eigentliche Messe mit über 20 Ausstellern statt. Der Messeauftritt der Kultureinrichtungen war sehr zufriedenstellend. Das Stadtarchiv selbst zeigte verschiedene Archivalien und verteilte Informationsflyer mit Vorschlägen zu diversen Schülerprojekten (nach Altersgruppen) – und na-

türlich den AnsprechpartnerInnen. Auf einem bereit gestellten Rechner mit Internetzugang konnten Standbesucher außerdem in den Onlinefindbüchern des Stadtarchivs recherchieren.

Leider entsprach die Resonanz v. a. des Fachpublikums nicht den Erwartungen. Nur wenige Lehrerinnen und Lehrer fanden den Weg zur Messe. Als Grund wird von den Veranstaltern – von der allgemein sehr hohen Arbeitsbelastung des Lehrpersonals abgesehen – angenommen, dass die noch relativ ungewöhnliche Veranstaltungsform, eine Kulturmesse für das lokale Umfeld, zunächst greifbar werden musste, um sich im allgemeinen Bewusstsein durchsetzen und zu verankern. Vor diesem Hintergrund waren Politik und Veranstalter mit dem Ergebnis grundsätzlich zufrieden, weshalb die Messe in diesem Jahr, in der Erwartung deutlich größerer Resonanz, wiederholt werden soll.

Tim Begler

### ■ Erschließung des Bestands »Veranstaltungsgesellschaft Westfälischer Friede mbH« für das Archiv LWL

Der Bestand »Veranstaltungsgesellschaft Westfälischer Friede mbH«, dessen Erschließung jüngst unter

der Bestandsnummer 770 im Archiv LWL des LWL-Archivamts für Westfalen beendet werden konnte, umfasst die amtliche und nichtamtliche Überlieferung der gleichnamigen Gesellschaft der Jahre 1990 bis 2004 aus dem Verwaltungsbereich des LWL. Die Gesellschaft wurde 1994 eigens zum Zweck der Vorbereitung und Durchführung der Jubiläumsveranstaltungen »350 Jahre Westfälischer Friede«, die im Jahr 1998 stattfanden, gegründet. Gesellschafter waren die ausrichtenden Gebietskörperschaften Landschaftsverband Westfalen-Lippe, die Städte Münster und Osnabrück sowie der Kreis Steinfurt und der Landkreis Osnabrück. Alle Gesellschafter hatten Projektstellen innerhalb ihrer jeweiligen Verwaltungen installiert. Die Gesellschaft wurde mit verwaltungseigenen Sondermitteln jeder beteiligten Gebietskörperschaft, mit Bundes- und Landeszuwendungen sowie mit Sponsorengeldern aus der Wirtschaft zur Bildung eines eigenen Haushalts finanziell ausgestattet. Freigestellte Verwaltungs- und neu eingestellte Fachangestellte bildeten den Personalstamm. Hinzu kamen zahlreiche Honorarkräfte. Die Gesamtgeschäftsführung oblag dem damaligen Landesrat für Kultur des LWL, Friedhelm Nolte. Die LWL-Landesdirektoren Manfred Scholle (1991–1998) und Wolfgang Schäfer (1998–2006) hatten den Vorsitz im Aufsichtsrat. Haushalt und Finanzen wurden von der Westfälisch-lippischen Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (WLV) betreut. Der wissenschaftliche Fachbeirat stand unter der Leitung von Heinz Schilling (Humboldt-Universität Berlin).

Kernstück der Veranstaltungen war die 26. Europaratsausstellung »1648 – Krieg und Frieden in Europa«, die in zwei Teilen, zum einen im Westfälischen Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte (jetzt LWL-Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte) in Münster, zum anderen im Kulturhistorischen Museum und im Felix-Nussbaum-Haus in Osnabrück, angesiedelt war und

unter der Schirmherrschaft des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog stand. Ausstellungskommissar war der Leiter des Westfälischen Landesmuseums, Klaus Bußmann. Die feierliche Eröffnung am 24. Oktober 1998 fand unter Beteiligung der Staatsoberhäupter, deren Länder den Westfälischen Friedensschluss 1648 unterzeichnet hatten, in den damaligen Friedensstädten Münster und Osnabrück statt. Für die Gesamtdurchführung wurden im Westfälischen Landesmuseum ein Ausstellungssekretariat, das so genannte »Büro '98«, ein Pressebüro und eine Protokollabteilung eingerichtet. Die »Geschäftsstelle Westfälischer Friede« im Westfälischen Archivamt (jetzt LWL-Archivamt für Westfalen) in Münster hatte die Aufgabe, die dezentralen Veranstaltungen und Projekte von Stadt- und Kreisverwaltungen, Institutionen und Vereinen in Westfalen und Lippe, die sich am Jubiläum beteiligen wollten, zu koordinieren und fachlich zu begleiten. In der Gründungsphase unterstützte die Geschäftsstelle zusätzlich die Geschäftsführung und war auch in die Arbeit der Gremien, Ausschüsse und übergreifenden Arbeitsgruppen eingebunden.

Nach Abschluss des Jubiläums wurde die Gesellschaft 1999 durch die LWL-Kulturabteilung wieder aufgelöst.

Das LWL-Archivamt hat die Unterlagen mit einem Gesamtumfang von 35 lfd. m in den Jahren 2000 bis 2009 von der LWL-Kulturabteilung, der WLW, dem LWL-Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte und aus der hauseigenen Registratur übernommen. Im Anschluss an die Ordnung des Materials nach Provenienzen wurde ca. ein Drittel aufgrund von Redundanzen der Überlieferung innerhalb der Geschäftsbereiche als kassabel eingestuft. Ergänzungsüberlieferungen finden sich im Archiv LWL (Bestände 702, 702/1, 716, 843) sowie in der »Forschungsstelle Westfälischer Friede« im LWL-Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte in

Münster, die 1999 durch die Übernahme der Datenbank der Veranstaltungsgesellschaft gegründet wurde. Von den Archiven der Verwaltungen der ehemaligen Gesellschafter haben das Stadtarchiv Münster und das Kreisarchiv Steinfurt zum jetzigen Zeitpunkt Unterlagen von den relevanten Dienststellen übernommen und inhaltlich grob erfasst. Eine Benutzung ist eingeschränkt möglich.

Das Jubiläum war ein hochrangiges, groß angelegtes Ereignis, das nur in enger Abstimmung der Gesellschafter untereinander vollzogen werden konnte. Die zweckbestimmte Gesellschaftsgründung als GmbH kann exemplarisch für ein derartiges Projekt unter Führung zusammenschlossener Kommunen und Kreise angesehen werden und hatte auch aufgrund der Förderung durch Europarat, Bund und Länder eine überregionale Außenwirkung. Der Bestand gibt Informationen über die inneren Funktionszusammenhänge der Gesellschaft, ihre Zusammenarbeit mit externen Partnern, die Programmgestaltung und ihre Resonanz. Signifikant ist außerdem die Nutzung neuer Medien an der Schwelle eines sich seinerzeit stark im Wandel befindlichen Kommunikationszeitalters.

Simone Fugger von dem Rech

### ■ Verzeichnung des Gräflich von Westphalen'schen Archivs Fürstenberg

Seit April 2009 wurde im LWL-Archivamt für Westfalen in Münster das Archiv der Grafen von Westphalen zu Fürstenberg erschlossen und verzeichnet. Der Bestand befand sich bis Ende 2008, vorgeordnet durch Friedrich Graf von Westphalen (1898–1992), auf dem Dachboden eines Stallgebäudes in Fürstenberg. Nachdem er Ende 2007 vom LWL-Archivamt für Westfalen bewertet worden war, wurden die als archivwürdig eingestuften Akten in Umzugskartons verpackt und in den ehemaligen Archivraum von Fürs-

tenberg verbracht. Von dort wurden sie im März 2009 zur Verzeichnung ins LWL-Archivamt für Westfalen nach Münster transportiert und vom Unterzeichnenden geordnet und erschlossen.

Das alte Archiv der Grafen von Westphalen wurde im Revolutionsjahr 1848 durch ein Feuer nahezu vollständig vernichtet. Fast sämtliche bis dahin archivierten Unterlagen gingen verloren, mit Ausnahme einiger Papiere, die zum Zeitpunkt des Brandes außerhalb des damaligen Archivraums von Schloss Fürstenberg aufbewahrt wurden. Insofern bildet der jetzt erschlossene Bestand mit Unterlagen aus dem 18. bis 20. Jahrhundert den Grundstock des Archivs.

Das Archivgut umfasst vorwiegend Unterlagen der verschiedenen dezentral verwalteten Güter der Familie von Westphalen, von denen die meisten in Ostwestfalen zu finden sind: Fürstenberg (Wünnenberg), Herbram (Lichtenau), Borgholz (Borgentreich), Paderborn und Dreckburg (Salzkotten), ferner in Rixdorf (Kreis Plön) sowie im 18. und 19. Jahrhundert auch im Raum Hildesheim und in Erbach/Rhein (Eltville). Die Bestände enthalten vornehmlich Korrespondenzen, Grundstücks- und Pachtangelegenheiten, vereinzelt Ablösungen und vor allem Rechnungen und Prozesse. Auch die Akten der Centralverwaltung haben ähnlichen Inhalt, während der Bestand Vereine/Verbände Korrespondenzen mit Vertretern und Gremien diverser, meist land- und forstwirtschaftlicher Vereine und Verbände wie beispielsweise der Grundbesitzer- oder Waldbauernverbände enthält; zudem finden sich im Bestand Rundschreiben dieser Verbände sowie einzelne einschlägige Gesetzestexte.

Von besonderer, vor allem wirtschaftshistorischer Bedeutung ist der Bestand Saline Salzkotten. Er enthält viele Dokumente zur Verwaltung und zum Betrieb der Saline vornehmlich im 18. und 19. Jahrhundert. Künftige Nutzer werden

viele Informationen zur Zusammensetzung und Arbeit des Sälzerkollegiums finden. Ebenso enthält der Bestand umfangreiches Material zum Rechnungswesen sowie zu den Handels- und Geschäftsbeziehungen, die bis in das preußische Königshaus reichten. Wegen seiner überregionalen Bedeutung für die Wirtschaftsgeschichte wurde das Findbuch über das Portal NRW-Archive ins Internet gestellt.

Die Erschließungs- und Verzeichnungsarbeiten wurden Ende 2010 abgeschlossen. Der gesamte Bestand, bis auf den Teilbestand Rixdorf, wird im Westphalen'schen Archiv in Haus Laer bei Meschede verwahrt.

Markus Fugger von dem Rech

## ■ Westfalen gewinnen einen Ablass in Herzogenbusch

Auf seiner Homepage präsentiert das *Brabants Historisch Informatie Centrum* (BHIC) eine Datenbank mit den Namen vieler Personen aus dem heutigen Deutschland, vor allem Nordrhein-Westfalen. Sie waren im 14., 15. oder 16. Jahrhundert Mitglied der *Illustre Lieve Vrouwe Broederschap* (Liebfrauenbruderschaft) in Herzogenbusch geworden um so das himmlische Königreich schneller betreten zu können.

Um die Mitte des 14. Jahrhunderts schlossen sich in Herzogenbusch Kleriker und deren Schüler (*clerici* und *scolares*) zu einer Gruppe von Verehrern von Maria in der *St. Janskerk* (Johannikirche) zusammen. Die Gruppe wurde 1318 vom Bischof formell als Liebfrauenbruderschaft anerkannt. Sie verfügte über eine eigene Kapelle in der Kirche. Dort wurden Messen gelesen. Außerdem zählten die Brüder zu den Veranstaltern der jährlichen Marienprozession. Zwei Propste, die jährlich am Samstag vor dem Geburtsfest von Johannes dem Täufer gewählt wurden, standen der Bruderschaft vor. Die Mitglieder zahlten ein Eintrittsgeld und nach ihrem Tode wurde eine sogenannte Todes-

schuld fällig. Außerdem zahlten sie beim Erreichen einer höheren gesellschaftlichen Position eine gewisse Summe. Gemeinschaftliche Mahlzeiten stärkten das Gefühl der Verbundenheit.

Ab 1371 wurde die Bruderschaft auch für in der Stadt lebende und auswärtige Männer und Frauen, die keine Kleriker waren, geöffnet. Die Mitglieder der Kerngruppe hießen seitdem eingeschworene Brüder (*iurati*). Nicht eingeschworene Mitglieder (Außenmitglieder) wurden über Provisoren, die als lokale oder regionale Agenten auftraten, angeworben. Die Provisoren kassierten das Eintrittsgeld und die Todesschuld der Außenmitglieder, die dafür u.a. die Ablässe der Bruderschaft genossen, ohne sich jedoch an die Feiern in der Johannikirche oder die Mahlzeiten beteiligen zu müssen. Ebenso wie die eingeschworenen Brüder erhielten sie jährlich an Mariä Lichtmess eine Kerze. Die Bruderschaft zählte um 1500, als sie ihren größten Umfang erreichte, nicht weniger als 14 000 Mitglieder.

Die 2. Hälfte des 16. und die 1. Hälfte des 17. Jahrhunderts war für die Bruderschaft eine Übergangsphase. Die Zahl der Außenmitglieder ging stark zurück und die Bruderschaft litt durch das Aufkommen einer neuen Konfession. Mit dem Übergang der Stadt Herzogenbusch, die sich bislang in Spanischer, d.h. katholischer Hand befunden hatte, an die protestantischen Generalstaaten, verlor die Bruderschaft ab 1629 ihre Außenmitglieder.

### *Die östlichen Gebiete*

Die Mitglieder der Bruderschaft stammten vorwiegend aus den nördlichen und südlichen Niederlanden, wobei der Norden des Herzogtums Brabant das Kerngebiet bildete. Da Herzogenbusch in regem Kontakt zur Universität Köln stand und es auch Handelsbeziehungen mit den Hansestädten und dem Rheinland gab, konnten auch dort viele Mitglieder angeworben werden. Die Provisoren, die die Na-

men dieser Leute vor Ort registrierten, lassen sich für verschiedene Städte belegen. Es handelt sich dabei um folgende Städte und Mitgliederzahlen: Goch (43), Kalkar (135), Köln (1190), Kleve (455), Lübeck (478), Rees (59) und Wesel (623). Außerdem sind Mitglieder aus anderen Orten registriert. Die große Anzahl der Ortsnamen zeigt, wie weit die Mitgliedschaft verbreitet war. Als Beispiel seien hier nur die Namen, die mit B- anfangen, aufgelistet: Bachem, Baden, Bedbur, Bonn, Borken, Borth bei Büderich, Braunschweig, Bremen, Buckholt bei Uedem, Büderich. Außer Laien (Männer und Frauen) wurden viele Geistliche wie Pfarrer und Klosterbrüder Mitglied. Die Datenbank stellt somit eine wichtige prosopographische und genealogische Quelle dar.

Sie kann in verschiedener Weise durchsucht werden: ausgehend von Personennamen (wobei einige Buchstaben bereits ausreichen), wie von Berufs- oder Funktionsangaben bzw. Titel oder von Ortsnamen. Vom Recherche-Ergebnis aus führt ein Klick zum Bildscan der Belegstelle in der Quelle, wonach ein Durchblättern möglich ist. Für die Angaben zu Mitgliedern aus den deutschsprachigen Gebieten ist mit Schreibfehlern bei den Orts- und Personennamen zu rechnen. Diese können sowohl bei der Registrierung und bei der Erstellung von alten Abschriften sowie bei der modernen Transkription entstanden sein. Die Betreuer der Datenbank freuen sich über jeden Kommentar zu den transkribierten Personennamen sowie zu den Identifizierungen von Ortsnamen. Für solche Kommentare gibt es einen Knopf »reageer op deze akte«.

Die Adresse der Homepage lautet: [www.bhic.nl/broederschap](http://www.bhic.nl/broederschap).

Ihr Ansprechpartner zum Inhalt der Datenbank ist Dr. Jan Sanders, (Reichs)archivar des BHIC; E-Mail-Adresse: [jan.sanders@bhic.nl](mailto:jan.sanders@bhic.nl).

Bert Thissen